

MARKUS ROTH

Private Altersvorsorge: Betriebsrentenrecht und individuelle Vorsorge

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Beiträge zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

88

Mohr Siebeck

Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht

88

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow und Reinhard Zimmermann



Markus Roth

Private Altersvorsorge: Betriebsrentenrecht und individuelle Vorsorge

Eine rechtsvergleichende Gesamtschau

Mohr Siebeck

MARKUS ROTH, geboren 1968; Studium der Rechtswissenschaft in Konstanz; 2000 Promotion; 2000–2002 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Bremen; seit November 2002 wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht; 2008 Habilitation; im Wintersemester 2008/2009 Lehrstuhlvertretung an der Philipps-Universität Marburg.

Zitiervorschlag:

Roth, Private Altersvorsorge, 2009, S.

e-ISBN PDF 978-3-16-151081-6

ISBN 978-3-16-149821-3

ISSN 0340-6709 (Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2009 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Josef Spinner in Ottersweier gebunden.

Für Nicola, Jacob und Lukas

Vorwort

Finanzielle Sicherheit im Alter gehört zu den zentralen menschlichen Bedürfnissen, die Gewährleistung finanzieller Sicherheit im Alter zu den wesentlichen Aufgaben moderner Gesellschaften. Gegenstand der vorgelegten Untersuchung ist das Recht der privaten Altersvorsorge. Für diese Darstellung besteht Anlass, da Betriebsrenten und individuelle Vorsorge gegenüber der staatlichen Alterssicherung deutlich an Bedeutung gewonnen haben. Aufgrund des demographischen Wandels, der nicht hinreichend sicher prognostizierbaren Folgen der Globalisierung, der zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft sowie der Finanzmarktkrise 2008 erscheint eine Optimierung der privaten Vorsorge und ihrer rechtlichen Grundlagen angezeigt. Demgegenüber steht eine bislang nur bruchstückhafte Behandlung des Rechts der privaten Altersvorsorge. Insbesondere das Betriebsrentenrecht und das Recht der individuellen Vorsorge (häufig zu weit als private Vorsorge bezeichnet) werden im deutschen Recht getrennt behandelt. Die vorliegende Gesamtschau des Betriebsrentenrechts und des Rechts der individuellen Vorsorge erfordert neben der Behandlung des Betriebsrentenrechts eine Auseinandersetzung mit dem Versicherungs-, dem Investment- und dem Treuhandrecht. Notwendig ist eine rechtsvergleichende und interdisziplinäre Grundlegung. Rechtsvergleichend fällt neben der deutlich größeren Bedeutung von Betriebsrenten im Ausland die atypische Ausgestaltung des deutschen Betriebsrentenrechts auf. Interdisziplinär ist insbesondere die Ökonomik und dort die behavioral finance relevant. Generell sind neben den Chancen auch die Risiken der privaten Vorsorge in den Blick zu nehmen.

Der Entschluss, sich über private Altersvorsorge und insbesondere im Betriebsrentenrecht zu habilitieren, reifte im Sommer 2000. Erste Arrondierungen des Terrains erfolgten in meiner Zeit als Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Bremen. In der rechtsvergleichenden und interdisziplinären Breite möglich wurde die Arbeit durch meine Tätigkeit am Hamburger Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht. Vielfältige Anregungen erhielt ich durch das Max Planck International Research Network on Aging (MaxNetAging), das sich interdisziplinär und rechtsvergleichend mit dem Altern beschäftigt und dem ich seit 2005 angehöre. Wichtige Anstöße gab auch der 65. Deutsche Juristen-

tag in Bonn, der in der Abteilung Altersvorsorge das Betriebsrentenrecht behandelte und mir Gelegenheit zum Kontakt mit der Praxis gab. Dies hat mich so begeistert, dass ich beim 67. Deutschen Juristentag in Erfurt als Schriftführer mitgewirkt habe.

Die vorliegende Untersuchung lag der Universität Hamburg im Sommer 2007 als Habilitationsschrift vor. Neuere Entwicklungen wurden, soweit möglich, bis Juli 2008 berücksichtigt. Einbezogen sind vor allem das neue Versicherungsvertragsrecht, der Regierungsentwurf eines Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes sowie in aller Kürze noch die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts zur Kapitalausstattung von Rentnergesellschaften. Die nach Fertigstellung des Manuskriptes sich verschärfende Finanzmarktkrise verdeutlicht die Notwendigkeit der Berücksichtigung systemischer Risiken bei den für mehrere Jahrzehnte geschlossenen Altersvorsorgeverträgen. Ihre Aufarbeitung wird zur weiteren Fortentwicklung des Rechts der privaten Vorsorge führen, das Thema der vorliegenden Untersuchung also aktuell bleiben.

Mein erster, auch persönlicher und tief empfundener Dank gilt meinem akademischen Lehrer, Herrn Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, ohne den diese Arbeit nicht entstanden wäre. Er hat die vorliegende Themenstellung in ihrer gesamten Breite ohne Einschränkungen angenommen und die Entstehung der Arbeit von Beginn an auf vielfältigste Weise gefördert. Die Darstellung des Rechts der privaten Altersvorsorge konnte dabei insbesondere auf dem Gedanken des Anlegerschutzes aufbauen, der zutreffend auch im Versicherungsrecht mittlerweile anerkannt ist und darüber hinaus für das Betriebsrentenrecht zunehmende Bedeutung gewinnen wird. Die arbeitsrechtliche Anerkennung der reinen Beitragszusage und die vom Bundesarbeitsgericht nunmehr geforderte Ausfinanzierung von Betriebsrentenzusagen im Falle der Schaffung einer Rentnergesellschaft werden eine neue, international anschlussfähige Fortentwicklung des deutschen Betriebsrentenrechts begünstigen.

Für die überaus zügige Erstattung des Zweitgutachtens und wertvolle Hinweise danke ich Herrn Prof. Dr. Klaus Moritz, für die rasche Durchführung des Habilitationsverfahrens der Fakultät für Rechtswissenschaft an der Universität Hamburg. Besonders freut mich die Aufnahme in die Schriftenreihe des Instituts, wofür ich den heutigen und damaligen Direktoren des Instituts herzlich danke.

Wissenschaftliche Arbeit lebt vom Austausch und dem Kontakt mit der Praxis. Für viele anregende Gespräche und weiterführende Hinweise verbunden bin ich den Herren Prof. Dr. Dr. h.c. Jürgen Basedow, Prof. Dr. Detlev Joost, Prof. Dr. Jan von Hein, Junior-Professor Dr. Patrick C. Leyens, Wiss. Referent Andreas M. Fleckner sowie, damals noch in Bremen, Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke. Besondere Bedeutung für das Gelingen

der Arbeit hatten meine Gesprächspartner aus der Praxis, insbesondere die Herren Dr. Boy-Jürgen Andresen, Theodor Cisch, Prof. Dr. Dr. Wolfgang Förster, Prof. Dr. Hans-Jürgen Lwowski, Dr. Klaus Mössle, Prof. Dr. Hans-Joachim Priester und Frau Dr. Birgit Uebelhack. Die üblichen Hinweise und Vorbehalte gelten auch hier. Die in der vorliegenden Untersuchung vertretenen Rechtsauffassungen sind ausschließlich meine eigenen und von mir zu verantworten. Für die Formatierung der Arbeit danke ich Frau Ingeborg Stahl. Vielfältige Hilfe geleistet haben auch meine studentischen Hilfskräfte Urs Engels und Nina Marie Güttler.

Mein größter und innigster Dank gilt meiner Frau Nicola König sowie unseren Kindern, Jacob Elias und Lukas Paul, die den Weg zur Habilitation mit mir gegangen sind. Ihnen ist die Arbeit gewidmet.

Hamburg, Ende September 2008

Markus Roth

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XLI
Einleitung	1
1. Teil: Vertragsrechtliche und institutionelle Grundlagen	21
1. Kapitel: Entwicklung der Rechtsinstitute privater Vorsorge	21
§ 1 Garantierte Leistungen (defined benefit)	21
§ 2 Ergebnis der Vermögensverwaltung (defined contribution)	62
§ 3 Kombination aus garantierter Leistung und Anlageergebnis (hybrid pensions)	100
2. Kapitel: Institutionelle private Vorsorge	123
§ 4 Begriff und Institutionen privater Vorsorge	123
§ 5 Charakteristika individueller und betrieblicher Vorsorge	158
2. Teil: Schutzprinzipien institutionalisierter privater Vorsorge	193
3. Kapitel: Vorsorgerechtliches Schutzdreieck	193
§ 6 Garantien, Vertragsbeendigung und -änderung sowie Mitsprache als Schutzdreieck	193
§ 7 Ausformung des vorsorgerechtlichen Schutzdreiecks	206
4. Kapitel: Das Leitbild treuepflichtig verwalteten Sondervermögens	243
§ 8 Grundsatz der Bildung von Sondervermögen	243
§ 9 Grundsatz der Anlage des Sondervermögens im Interesse (auch) des Berechtigten	276
§ 10 Der Grundsatz vorsorgerechter Anlage (prudent person rule)	295
3. Teil: Altersvorsorgeverträge	313
5. Kapitel: Begründung von Altersvorsorgeverträgen	313
§ 11 Vertragsschluss in der individuellen und betrieblichen Vorsorge	313
§ 12 Informationspflichten vor und bei Vertragsschluss	371

6. Kapitel: Altersvorsorgeverträge in der Einzahlungsphase.....	415
§ 13 Pflichtenstellung in Altersvorsorgeverträgen	415
§ 14 Anlage, Feststellung und Zuweisung des Ergebnisses der Vermögensverwaltung.....	458
§ 15 Informationspflichten und -rechte in der Einzahlungsphase	510
7. Kapitel: Sicherung und Änderung von Altersvorsorgeverträgen.....	523
§ 16 Sicherung von Ansprüchen und Altersvorsorgevermögen	523
§ 17 Anpassung und Abwicklung des Altersvorsorgevertrages	553
§ 18 Übertragung des Vertrages oder der Institution privater Vorsorge	591
8. Kapitel: Altersvorsorgeverträge in der Auszahlungsphase.....	607
§ 19 Versorgungscharakter und Beginn der Auszahlungsphase	607
§ 20 Leistungserbringung und -anpassung im Alter	631
 Zusammenfassung in Thesen	 653
Ausblick: Reine Beitragszusagen und Information der Vorsorgenden....	661
 Literaturverzeichnis	 665
Sachverzeichnis	737

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	XLI
Einleitung	1
I. Private Altersvorsorge zwischen Sicherheit und Selbstverantwortung	1
II. Verbindungslinien und Begrifflichkeit in der privaten Vorsorge	2
1. Notwendigkeit einer Gesamtdarstellung der privaten Vorsorge.....	2
2. Private Vorsorge als Oberbegriff	4
3. Der Begriff der betrieblichen Altersvorsorge im Betriebsrentenrecht	5
a) Betriebsrenten und betriebliche Altersvorsorge als internationale Rechtsbegriffe	5
b) Betriebliche Altersvorsorge als Begriff des deutschen Betriebsrentenrechts	6
c) Betriebliche Altersvorsorge und reine Beitragszusagen.....	7
III. Methode	8
1. Interdisziplinärer Ansatz.....	8
2. Empirie.....	11
3. Vertikale und horizontale Rechtsvergleichung	13
4. Dogmatik.....	16
IV. Gang der Darstellung.....	17
Erster Teil: Vertragsrechtliche und institutionelle Grundlagen	21
1. Kapitel: Entwicklung der Rechtsinstitute privater Vorsorge	21
§ 1 Garantierte Leistungen (defined benefit).....	21
I. Begriff der Leistungszusage und Formen vereinbarter Zusagen.....	21
1. Notwendigkeit einer Systematisierung des Rechts der privaten Vorsorge.....	21
2. Die arbeitsrechtliche Unterscheidung von Leistungs- und Beitragszusagen	22

a)	Leistungs- und Beitragszusagen im Betriebsrentenrecht.....	22
b)	Defined benefit, defined contribution und hybrid pensions.....	23
c)	Einordnung in das Betriebsrentenrecht	26
3.	Garantierte Leistungen, Vermögensverwaltung und Mischformen in der individuellen Vorsorge.....	26
a)	Grundsatz der Beteiligung am Überschuss in der Lebens- und Rentenversicherung: Mischformen als praktische Regel	26
b)	Banksparverträge: Garantierte Leistungen als praktische Ausnahmen	27
c)	Ergebnis der Vermögensverwaltung (statt reiner Beitragszusage)	28
4.	Eigenvorsorge und Unterhalt	28
5.	US-amerikanischer Internal Revenue Code und das Altersvorsorgekonto.....	30
II.	Individuelle Altersvorsorge durch Leibrentenverträge.....	31
1.	Leibrentenverträge als Urform privater Altersvorsorge.....	31
2.	Die Leistungszusage als gesetzliches Leitbild.....	32
a)	Die lückenhafte gesetzliche Regelung	32
b)	Zusage einer im Voraus bestimmten Leibrente.....	33
3.	Die Rechtsnatur der Leibrente	34
a)	Leibrente als Risikogeschäft	34
b)	Gegenstand des Leibrentenversprechens.....	35
aa)	Streitstand	35
bb)	Die Leibrente als Dauerschuldverhältnis.....	37
c)	Wesensmerkmale der Leibrente	39
aa)	Regelmäßige Auszahlung von grundsätzlich lebenslanger Dauer	39
bb)	Kalkulation des Kapitalverbrauchs als Gegensatz zur Nutzungsüberlassung	40
d)	Der Einfluss des Formerfordernisses auf die traditionelle Definition der Leibrente.....	41
III.	Direktzusagen des Arbeitgebers und Unterstützungskassen	43
1.	Die Entwicklung der betrieblichen Alterssicherung	43
a)	Die Entwicklung des Betriebsrentenrechts bis zum Betriebsrentengesetz.....	43
b)	Das Betriebsrentengesetz von 1974	45
2.	Die unmittelbare Versorgungszusage (Direktzusage).....	49
a)	Die Direktzusage als gesetzliches Leitbild.....	49
b)	Inhalte von Direktzusagen.....	50
c)	Rückstellungsbildung nach Handelsgesetzbuch.....	51

3.	Die Unterstützungskasse	53
a)	Unterstützungskassen als externe Träger betrieblicher Vorsorge	53
b)	Ausschluss eines Rechtsanspruchs des Arbeitnehmers gegen die Unterstützungskasse	54
c)	Ausfallhaftung	55
4.	Sicherung von Direktzusagen durch Treuhandverhältnisse	56
a)	Internationaler Standard	56
b)	Unterlegung deutscher Betriebsrenten aufgrund internationaler Rechnungslegung und nach dem BilMoG	57
c)	Contractual trust arrangement (CTA)	61
§ 2	Ergebnis der Vermögensverwaltung (defined contribution)	62
I.	Vermögensverwaltung in der individuellen Vorsorge	62
1.	Treuhandverwaltung	62
a)	Die Entwicklung von trust und Treuhand	62
b)	Der enge Begriff der Treuhand und des Treuhänders in der Vorsorge	65
aa)	Fremdnützige Treuhand und Streitstand im Schrifttum	65
bb)	Auftrag und Treuhand in Gesetz und Rechtsprechung	68
cc)	Treuhand als eigenständiger Vertragstyp	70
c)	Der Begriff der Vermögensverwaltung nach Wertpapierhandelsrecht	72
2.	Vermögensverwaltung in Form der Vollmachtverwaltung	72
II.	Investmentfonds	75
1.	Entwicklung	75
2.	Das Vertragsdreieck der Investmentfonds	77
3.	Investmentfonds zur Altersvorsorge	80
4.	Hedge Fonds und Private Equity als Vehikel in der Altersvorsorge	81
III.	Vermögensverwaltung im Betriebsrentenrecht	82
1.	Historische Entwicklung	82
a)	Entwicklung bis 1945	82
b)	Betriebsrentengesetz und beitragsorientierte Leistungszusage	85
c)	Einführung der Beitragszusage mit Mindestleistung	87
2.	Reine Beitragszusagen (defined contribution) als internationaler Standard	89
3.	Interessen und ökonomisches Leitbild des Betriebsrentengesetzes	93

4.	Die Zulässigkeit reiner Beitragszusagen nach deutschem Recht	94
a)	Zwingende Einstandspflicht des Arbeitgebers nach Betriebsrentengesetz.....	94
b)	Arbeitsgerichtliche Anerkennung und Einordnung der reinen Beitragszusage.....	96
c)	Riester-Verträge als Abkehr vom paternalistischen Betriebsrentenleitbild	98
d)	Die wertgleiche Entgeltumwandlung als Beitragszusage?	99
§ 3	Kombination aus garantierter Leistung und Anlageergebnis (hybrid pensions)	100
I.	Lebens- und Rentenversicherung	100
1.	Die Lebensversicherung als vorherrschende Form individueller Vorsorge	100
a)	Aufkommen und Verbreitung des Versicherungsgedankens	100
b)	Unterscheidung von Sach- und Lebensversicherung	103
c)	Unterscheidung innerhalb der Lebensversicherungen.....	104
aa)	Risikolebensversicherung.....	104
bb)	Kapitalbildende Lebensversicherung.....	104
cc)	Fondsgebundene Lebensversicherung	105
d)	Überschussbeteiligung (with profits)	105
e)	Die Rechtsnatur der Lebensversicherung.....	106
2.	Die private Rentenversicherung.....	109
3.	Versicherungen in der betrieblichen Vorsorge	109
a)	Lebensversicherungsunternehmen als externe Träger betrieblicher Vorsorge	109
b)	Leistungen der Lebensversicherung.....	110
c)	Rückdeckung bei Direktzusage und Unterstützungskasse	110
4.	Die Rolle der Aufsicht	111
a)	Aufsicht und Begriff der Versicherung	111
b)	Aufsicht über die Kapitalanlage und Überschussbeteiligung.....	112
II.	Pensionsfonds	113
1.	Regulierung deutscher Pensionsfonds primär durch Aufsichtsrecht	113
a)	Der aufsichtsrechtliche Schwerpunkt der Regulierung deutscher Pensionsfonds.....	113
b)	Abweichungen vom allgemeinen Versicherungsaufsichtsrecht.....	115

2. Internationale Vorbilder	115
3. Europäische Vorgaben	116
4. Rechtsform und Leistungen	118
5. Interne Pensionsfonds	119
III. Pensionskassen	119
1. Regulierung deutscher Pensionskassen primär durch Aufsichtsrecht	119
2. Rechtsform und Leistungen	120
2. Kapitel: Institutionelle private Vorsorge	123
§ 4 Begriff und Institutionen privater Vorsorge	123
I. Private Vorsorge als Rechtsbegriff	123
1. Allgemeine Begrifflichkeit: Vorsorge und/oder Versorgung?	123
2. Betriebliche Vorsorge bei betriebsrentenrechten Beitragszusagen	127
3. Vorsorge als Oberbegriff betrieblicher Vorsorge und Versorgung	128
II. Träger institutioneller privater Vorsorge	131
1. Der Arbeitgeber als Institution privater Vorsorge	131
2. Externe und interne Träger betrieblicher Vorsorge, Finanzdienstleister	131
3. Versicherung als institutionalisiertes Geschäft	132
III. Institutionelle private Vorsorge als kapitalbezogenes Dauerschuldverhältnis	133
1. Kapitaldeckung privater Vorsorge	133
a) Kapitaldeckung institutioneller Vorsorge	133
b) Kollektivität institutioneller privater Vorsorge	135
c) Delegation der Anlageentscheidung	135
2. Dauerschuldverhältnis mit der Option der Verrentung	135
a) Einzahlungs- und Auszahlungsphase	135
b) Institutionelle Vorsorge als Dauerschuldverhältnis	136
c) Beitrag zur Versorgung im Alter als Zweck von Altersvorsorgeverträgen	137
d) Zumindest faktische Option der Verrentung	137
aa) Verrentung durch den Anbieter	137
bb) Verrentung durch Dritte, Pflicht zur Verrentung	138
3. Der partiarische Charakter individueller und betrieblicher Vorsorge	138
4. Sorgfaltspflichten bei berufsmäßigen Anbietern von Vorsorgedienstleistungen	141
5. Der Altersvorsorgevertrag	142

IV. Rechtliche Determinanten institutioneller privater Vorsorge	142
1. Steuerrechtliche Einflüsse auf Altersvorsorgeprodukte.....	142
a) Allgemeine historische Entwicklung.....	142
b) Aktuelle Bedeutung.....	145
c) Der aktuelle Fokus des deutschen Steuerrechts auf Garantiezusagen (defined benefit).....	146
d) Internationaler Vergleich steuerlicher Förderung	147
e) Kosten steuerrechtlicher Regulierung	148
f) Anknüpfung des Steuerrechts.....	150
g) Fazit.....	151
2. Individuelle Vorsorge als Rechtsprodukt.....	151
3. Betriebliche Vorsorge als Rechtsprodukt	152
V. Die internationale Dimension der privaten Vorsorge.....	153
1. Internationalität privater Vorsorge als rechtstatsächlicher Befund	153
2. Europäische Rechtsgrundlagen	154
3. Nationale Rechtsgrundlagen im internationalen Vergleich.....	155
a) Englische Rechtsgrundlagen für die private Vorsorge	155
b) Österreichische Rechtsgrundlagen für die private Vorsorge	156
c) Schweizer Rechtsgrundlagen für die private Vorsorge	156
d) US-amerikanische Rechtsgrundlagen für die private Vorsorge	157
§ 5 Charakteristika individueller und betrieblicher Vorsorge.....	158
I. Die Entscheidung über das Ob und Wie privater Vorsorge	158
1. Freiwilligkeit individueller Vorsorge.....	158
a) Privatautonome Entscheidung über das Ob individueller Vorsorge.....	158
b) Privatautonome Entscheidung über das Wie individueller Vorsorge.....	158
2. Freiwilligkeit und Entscheidungszuständigkeit bei betrieblicher Vorsorge.....	159
a) Grundsatz der Arbeitgeberzuständigkeit.....	159
b) Motive des Arbeitgebers für die Zusage von Betriebsrenten.....	159
c) Entscheidungsmöglichkeiten des Arbeitnehmers.....	161
d) Motive des Arbeitnehmers für eine Entgeltumwandlung.....	163

3.	Automatische Einbeziehung in eine Betriebsrente (automatic enrollment).....	164
4.	Corporate social responsibility.....	167
II.	Spezifika betrieblicher Vorsorge als Entgeltform	168
1.	Betriebsrentenzahlungen als aufgeschobenes Entgelt.....	168
2.	Verfügungsbeschränkungen.....	169
3.	Leistungszusage als Charakteristikum nur des Betriebsrentengesetzes	169
4.	Verfallbarkeit als vormaliges Charakteristikum betrieblicher Vorsorge.....	170
III.	Chancen und Risiken institutioneller privater Vorsorge	171
1.	Staatliche Alterssicherung und (Rendite-)Chancen privater Vorsorge	171
a)	Entkoppelung von Arbeit und Rentenzahlung	171
aa)	Demographie, staatliche Grundsicherung und individuelle Freiheit.....	171
bb)	Wachstumsschwäche und Lohnentwicklung.....	172
cc)	Vergleich der Renditen der gesetzlichen Rentenversicherung und privater Vorsorge	173
b)	Verlassen des nationalen Rahmens	174
2.	Renditechancen typisierter Produkte	174
a)	Renditen von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren	174
b)	Erklärung der Unterschiede der realen Rendite und Kosten privater Vorsorge	176
c)	Garantieverträge, Sicherungsstrategien und reale Rendite.....	177
d)	Kosten staatlicher Regulierung	179
aa)	Kosten in Form administrativen Aufwands.....	179
bb)	Kosten in Form verminderter Renditechancen?	180
3.	Regulierung systemischer Risiken in der privaten Altersvorsorge.....	181
4.	Renditechancen und Risikoneigung.....	183
a)	Risikozuordnung in der privaten Vorsorge	183
aa)	Garantien als Mittel der Risikozuordnung.....	183
bb)	Kosten- und Inflationsrisiko, Zinseszinsseffekt	183
cc)	Biometrische Risiken.....	185
b)	Die Risiken „sicherer“ Produkte	185
c)	Maßgeblichkeit der individuellen Risikopräferenz und Risikostreuung.....	187
5.	Prognose des Bedarfs im Alter und der Erwerbsbiographie	190
6.	Wettbewerb in der privaten Vorsorge.....	190

Zweiter Teil: Schutzprinzipien institutionalisierter privater Vorsorge	193
3. Kapitel: Vorsorgerechtliches Schutzdreieck	193
§ 6 Garantien, Vertragsbeendigung und -änderung sowie Mitsprache als Schutzdreieck	193
I. Das Schutzdreieck (guarantees, exit und voice)	193
1. Garantien, Vertragsbeendigung und Mitsprache	193
a) Vertragsbeendigung und Mitsprache (exit und voice) als allgemeingültige Schutzprinzipien.....	193
b) Notwendigkeit der Ergänzung um Garantien zu einem Schutzdreieck.....	194
2. Das Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Selbstverantwortung.....	195
3. Interdependenzen und Mindestschutz.....	196
4. Das Schutzdreieck als Grundlage weiterer Schutzprinzipien.....	198
II. Der traditionelle Fokus auf Garantiezusagen	198
1. Mindestgarantien in der betrieblichen Vorsorge.....	198
2. Mindestgarantien in der steuerlich geförderten individuellen Vorsorge.....	199
III. Vertragsbeendigung und Mitsprache als alternative Schutzprinzipien	199
1. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen als allgemeines Rechtsprinzip	199
2. Kündigung als Schutzprinzip in der individuellen Vorsorge.....	200
3. Kündigung in der betrieblichen Vorsorge.....	202
a) Kündigung als Schutzprinzip auch in der betrieblichen Vorsorge	202
b) Kündigung betrieblicher Vorsorge bei Leistungszusagen.....	203
4. Vertragsänderung bzw -übertragung als milderes Mittel.....	204
5. Mitsprache.....	205
§ 7 Ausformung des vorsorgerechtlichen Schutzdreiecks	206
I. Information als allgemeines vorsorgerechtliches Schutzprinzip	206
1. Information als Schutzprinzip im allgemeinen Zivil- und Handelsrecht.....	206
2. Information als Schutzprinzip in der privaten Vorsorge.....	207
3. Allgemeine Information durch den Staat oder Interessenvertreter	208
a) Allgemeine Information als staatliche Aufgabe	208
b) Interessenvertreter in der betrieblichen Vorsorge	209
II. Die Corporate Governance von Altersvorsorgevehikeln.....	209

1. Der Einfluss des Berechtigten auf die interne Corporate Governance	209
a) Mitsprache in der privaten Vorsorge.....	209
aa) Unternehmerische Mitbestimmung als Mitsprache bei Direktzusagen	209
bb) Mitsprache bei kapitalgedeckten Betriebsrenten als internationale Grundregel.....	211
cc) Vertretung der Vorsorgenden auch in der individuellen Vorsorge?.....	212
dd) Arbeitnehmermitbestimmung bei Altersvorsorgevehikeln?	213
ee) Fortentwicklung des Gesamtsystems der Arbeitnehmerbeteiligung	214
b) Standards interner Corporate Governance	214
aa) Unabhängige Aufsichtsratsmitglieder und Inkompatibilitäten.....	214
bb) Bestellung des verantwortlichen Aktuars, Treuhänders und Prüfers	217
cc) Prüfungsausschüsse (audit committees) und interne Kontrolle	217
2. Exit aus Altersvorsorgeprodukten und Zweitmarkt in der Altersvorsorge.....	218
III. Kollektive Geltendmachung und Änderung vertraglicher Pflichten.....	220
1. Anerkannte Formen kollektiver Geltendmachung.....	220
a) Das praktische Bedürfnis kollektiven Rechtsschutzes.....	220
b) Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz und Verbandsklage	220
2. Das Schuldverschreibungsgesetz als Vehikel kollektiven Rechtsschutzes?	221
a) Der beschränkte Anwendungsbereich de lege lata.....	221
b) Weiterentwicklung des Schuldverschreibungsgesetzes zu einem Anlegerschutzgesetz?	222
3. Betriebsrentenansprüche	223
IV. Aufsicht.....	225
1. Allgemeines	225
a) Aufsicht als Ausfluss des Sozialstaatsprinzips.....	225
b) Aufsicht über die Vermögensverwaltung und -zuweisung.....	226
c) Aufgaben der Aufsicht	227
2. Verhältnis von Haftung und Aufsicht	229
3. Kombination privater und öffentlicher Aufsicht.....	230

a)	Finanzintermediäre und Gatekeeper als Vorbedingung moderner Finanzaufsicht	230
b)	Finanzintermediäre und Gatekeeper in der allgemeinen Kapitalmarktaufsicht.....	230
c)	Finanzintermediäre und Gatekeeper in der privaten Vorsorge	231
4.	Die Organisation öffentlicher Aufsicht.....	232
a)	Der europäische Trend zur integrierten Finanzdienstleistungsaufsicht.....	232
b)	Unterschiede in der Organisation einer Allfinanzaufsicht	234
c)	Europäische Aufsichtsbehörde?	236
5.	Besondere Aufsicht über betriebliche Vorsorgeeinrichtungen.....	237
a)	Versicherungsaufsicht und besondere Aufsicht über betriebliche Vorsorgevermögen	237
b)	Aufsicht über CTA nach der Pensionsfonds-Richtlinie?	239
c)	OECD Recommendation on Core Principles of Occupational Pension Regulation	241
4.	Kapitel: Das Leitbild treuepflichtig verwalteten Sondervermögens....	243
§ 8	Grundsatz der Bildung von Sondervermögen	243
I.	Bildung eines oder mehrerer Sondervermögen	243
1.	Sondervermögen als Kennzeichen institutioneller Vermögensverwaltung	243
a)	Fehlen einer allgemeinen Theorie des Sondervermögens	243
b)	Das Sondervermögen in der Treuhandverwaltung.....	246
c)	Das Sondervermögen in der Fondsverwaltung	248
d)	Sicherungsvermögen und andere Sondervermögen von Versicherungen.....	248
e)	Sondervermögen als hybrider Rechtsbegriff.....	250
2.	Das Sondervermögen als praktisches Leitbild in der betrieblichen Vorsorge.....	251
a)	Rückstellungen bei Direktzusagen	251
b)	Vermögen externer Versorgungsträger	252
c)	Interne Versorgungsträger (contractual trust arrangements, CTA)	252
aa)	Rechtstatsachen und Rechtsvergleich	252
bb)	Zulässige Rechtsformen.....	253
3.	Mehrzahl relevanter Sondervermögen bei Garantiezusagen	254

4. Widmung des Sondervermögens für den finanziellen Bedarf im Alter	255
II. Rechtsvergleich.....	255
1. Der trust als treuhänderisch verwaltetes Sondervermögen	255
2. Der trust im englischen und US-amerikanischen Betriebsrentenrecht	256
3. Einzelgesetzliche Rezeption des trust	257
III. Folgen der Einordnung als Sondervermögen im deutschen Recht	260
1. Vorsorgerechtliche Sonderbestimmungen	260
a) Kapitalanlagegesellschaften	260
b) Versicherungsgesellschaften	260
c) Verallgemeinerungsfähigkeit der Regeln zur dinglichen Surrogation?	261
2. Vollstreckungsrechtlicher Schutz treuhänderischen Sondervermögens.....	262
a) Problemstellung in der betrieblichen Vorsorge und Notwendigkeit einer Eingrenzung.....	262
aa) Die Ausgestaltung von contractual trust arrangements als doppelseitige Treuhand.....	262
bb) Aussonderungs- oder Absonderungsrecht bei doppelseitiger Treuhand?.....	263
cc) Allgemeiner vollstreckungsrechtlicher Schutz der Treuhand.....	265
b) Unmittelbare Übergabe von Vermögen vom Treugeber auf den Treunehmer	266
aa) Begründung treuhänderisch gehaltenen Sondervermögens als Grundregel.....	266
bb) Offenkundigkeit als Alternative?.....	267
c) Abgrenzung der Treuhand von Geschäftsbesorgung und Kreditsicherung	268
d) Erfassen auch der von Dritten erworbenen Vermögensgegenstände bei einer vollstreckungsrechtlich immunierten Altersvorsorgetreuhand	269
e) Analoge Anwendung des Kommissionsrechts als alternatives Schutzkonzept	271
f) Schutz des Sondervermögens vor Gläubigern des Vorsorgenden selbst	272
3. Treuwidriger Verkauf	273
§ 9 Grundsatz der Anlage des Sondervermögens im Interesse (auch) des Berechtigten	276
I. Das Interesse der Berechtigten am Ergebnis der Anlage.....	276

1. Altersvorsorge als Vertrauensgut.....	276
2. Das Interesse bei Beteiligung am Anlageergebnis.....	277
a) Maßgeblichkeit allein des Anlageergebnisses.....	277
aa) Individuelle Vorsorge.....	277
bb) Betriebliche Vorsorge.....	278
b) Kombination garantierter Leistung und des Anlageergebnisses.....	278
3. Das Interesse bei reinen Garantieabreden.....	279
4. Gesamtbewertung.....	279
II. Das Ausmaß der Bindung an das Interesse der Berechtigten ...	280
1. Anlage allein im Interesse der Berechtigten	280
2. Anlage im Interesse auch der Berechtigten.....	280
III. Treuepflichten bei der Anlage	281
1. Die Treuepflicht bei der Vermögensverwaltung.....	281
a) Vollmachtverwaltung und Treuhand.....	281
b) Investmentfonds	282
2. Die beidseitigen Treuepflichten im Versicherungsvertrag	282
a) Geschichte und Rechtsvergleich	282
aa) Das klassische Verständnis im deutschen Recht	282
bb) Versicherungsvertrag als Vertrag uberrimae fidei und Versicherer als Treuhänder	283
cc) Die Treuepflicht des Versicherers im englischen Recht und in den USA	287
dd) Die Treuepflicht eines Versicherers nach ERISA.....	288
b) Die besondere Treuepflicht auch des deutschen Versicherers.....	288
c) Lebensversicherer als Treuhänder?.....	290
3. Die Treuepflicht (Fürsorgepflicht) des Arbeitgebers.....	291
4. Treuepflichten auch der externen und internen Träger betrieblicher Vorsorge.....	293
§ 10 Der Grundsatz vorsorgerechter Anlage (prudent person rule)	295
I. Der langfristige Anlagehorizont in der privaten Vorsorge	295
1. Altersvorsorge und Kapitalmarkt.....	295
2. Maßgeblichkeit langfristiger Trends	296
a) Maßgeblichkeit langfristiger Kapitalmarktverzinsung der Anlagen.....	296
b) Fortbestehende Defizite der deutschen Versicherungsaufsicht	298
c) Rechtsvergleich und Ausblick.....	300
II. Prudent person rule.....	301

1. Ursprung der prudent person rule (prudent man, prudent investor rule)	301
a) Entwicklung im angloamerikanischen trust-Recht.....	301
b) Anwendung auch auf die betriebliche Vorsorge (occupational pensions)	302
2. Der Inhalt der prudent person rule	304
a) Leitbild eines vorsichtigen Investors.....	304
b) Abstellen auf das Portfolio	304
3. Die prudent person rule in der individuellen Vorsorge.....	307
a) Die prudent person rule bei der Treuhand- und Investmentverwaltung	307
b) Das Vorsichtsprinzip bei der Anlage durch Versicherungen.....	307
c) Versicherter als Anleger	308
III. Business judgment als deutsche betriebsrentenrechtliche Alternative	309
1. Die Begünstigten als allgemeine Gläubiger der Gesellschaft, nicht eines trust.....	309
2. Langfristige Steigerung des Unternehmenswertes bei Direktzusagen.....	309
a) Die gesellschaftsrechtliche Pflichtenstellung der Unternehmensleiter	309
b) Die Pflichtenstellung in der privaten Vorsorge.....	310
3. Insolvenzsicherung auch bei Maßgeblichkeit der prudent person rule.....	312
 Dritter Teil: Altersvorsorgeverträge.....	313
5. Kapitel: Begründung von Altersvorsorgeverträgen	313
§ 11 Vertragsschluss in der individuellen und betrieblichen Vorsorge.....	313
I. Vertragsschluss	313
1. Allgemeines: Maßgeblichkeit des gewählten Vertragstyps	313
2. Vertragsschluss im Zweipersonenverhältnis.....	314
a) Individuelle Vorsorge.....	314
b) Direktzusage	316
c) Formlosigkeit institutioneller privater Vorsorge auch bei Zusage einer Leibrente.....	316
3. Mehrseitige Gestaltung privater Vorsorge.....	317
a) Altersvorsorge in Form eines Vertrages zugunsten Dritter	317
aa) Vertrag zugunsten Dritter	317

bb) Hinterbliebenenversorgung.....	317
b) Der Rahmenvertrag bei mehrseitiger Gestaltung.....	318
4. Kollektivvertragliche Regelungen.....	319
a) Allgemeines.....	319
b) Betriebsvereinbarung.....	319
c) Betriebliche Übung und Gesamtzusage.....	320
d) Betriebliche Vorsorge durch Tarifvertrag.....	322
aa) Branchenweite Tarifverträge.....	322
bb) Unternehmensbezogene Tarifverträge.....	324
cc) Reformdiskussion.....	325
5. Mitbestimmung bei Begründung der betrieblichen Vorsorge.....	326
a) Historische Entwicklung.....	326
b) Mitbestimmung nach Betriebsverfassungsrecht.....	327
aa) Sozialeinrichtungen und Lohngestaltung als Anknüpfungspunkte.....	327
bb) Grenzen des Mitbestimmungsrechts.....	328
c) Zweistufige versus organschaftliche Mitbestimmung.....	329
6. Widerruf.....	330
II. Notwendige Vertragsbestandteile.....	331
1. Festlegung des Vorsorgecharakters.....	331
a) Defined benefit, defined contribution, hybrid pensions.....	331
b) Biometrische Risiken und Auszahlungsmodalitäten.....	332
2. Festlegung der Gegenleistung und der Einzahlungen.....	332
III. Klausel- und Inhaltskontrolle.....	333
1. Historische Entwicklung und Umfang der Klauselkontrolle.....	333
2. Kontrolle von Versicherungsverträgen.....	334
a) Versicherungsaufsichtsrecht und Klauselkontrolle.....	334
b) Kontrolle auch der Ausgestaltung des Hauptleistungsversprechens.....	336
c) Kontrolle der Leistungszuweisung und Überschusspolitik.....	338
d) Kontrolle auch von gesetzestwiedergebenden Klauseln.....	339
3. Kontrolle in der Vermögensverwaltung.....	340
4. Klauselkontrolle im Arbeitsrecht.....	341
5. Kontrolle von Betriebsvereinbarungen, Tarif- und Individualverträgen.....	343
a) Kontrolle von Betriebsvereinbarungen.....	343
b) Kontrolle von Tarifverträgen.....	344

c) Einzelvertragliche Kontrolle	344
6. Unwirksamkeit und Korrektur unwirksamer Klauseln	344
IV. Gleichbehandlungspflichten	346
1. Historische Entwicklung	346
a) Versicherungsrecht und Vermögensverwaltung	346
b) Allgemeines Zivilrecht und Arbeitsrecht	347
c) Europäisches Recht	347
d) Stichtagsprinzip	349
2. Treuepflicht und Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz....	350
a) Die Treuepflicht als allgemeine Grundlage zivilrechtlicher Gleichbehandlung	350
b) Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz	352
3. Gleichbehandlungspflichten in der individuellen Vorsorge.....	353
4. Gleichbehandlungspflichten in der betrieblichen Vorsorge.....	354
a) Allgemeines.....	354
b) Gleichbehandlung von Männern und Frauen	356
aa) Gleichbehandlung beim Zugang zu einer Betriebsrente	356
bb) Gleichbehandlung von Männern und Frauen auch bei den Rentenzahlungen	357
c) Gleichbehandlung in Kollektivverträgen	358
d) Grenzen der Gleichbehandlungspflicht	358
aa) Keine Gleichbehandlung von Rentnern und aktiven Arbeitnehmern	358
bb) Voraussetzung und Zulässigkeit einer Gruppenbildung	359
5. Rechtsfolgen.....	360
V. Mehrseitige Ausgestaltung: Vertrag zugunsten Dritter und Vertragsnetz.....	361
1. Mehrseitige Ausgestaltung individueller Vorsorge	361
a) Einbeziehung von mehreren natürlichen Personen in die private Vorsorge	361
b) Durchführung der privaten Vorsorge durch mehrere Finanzdienstleister.....	361
2. Mehrseitige Ausgestaltung betrieblicher Vorsorge.....	362
a) Internationales	362
b) Interne betriebliche Vorsorge (contractual trust arrangement).....	362
c) Betriebliche Vorsorge über externe Versorgungsträger	363

3. Rechtsprechung zur Pflichtenstellung bei mehrseitiger Gestaltung	363
a) Zusage nach Maßgabe der Leistungen eines externen Versorgungsträgers	363
b) Gleichbehandlungsgebote des Trägers der betrieblichen Altersversorgung	364
4. Das Vertragsnetz als Regelfall mehrseitiger Gestaltung.....	365
a) Das Spannungsfeld individueller und gemeinsamer Betrachtung	365
b) Vertragsnetz als Zwischenform zwischen Vertrag zugunsten Dritter und Verband	366
c) Pflichtenzuordnung und Flexibilität der Rechtsfolgen im Vertragsnetz	369
5. Treuepflichten und Pflichtenübernahme	370
a) Einwirkungspflichten	370
b) Pflicht zur Auswahl und fehlende Einwirkungsrechte als Haftungsgrund	371
§ 12 Informationspflichten vor und bei Vertragsschluss	371
I. Informationsinteressen und Dogmatik der Informationspflichten	371
1. Notwendigkeit der Ausformung der Information als Schutzprinzip	371
2. Treuepflicht und Marktteilnahme als allgemeine Rechtsgrundlagen.....	372
3. Europarechtliche Grundlagen der Information bei Vertragsschluss	373
4. Ansätze einer vorsorgerechtlichen Dogmatik	375
a) Allgemeines.....	375
b) Kapitalmarktrechtliche Diskussionslinien.....	376
c) Versicherungsrechtliche Diskussionslinien.....	379
d) Arbeitsrechtliche Diskussionslinien	382
II. Allgemeine Produktinformationen	386
1. Kapitalmarktrechtliche Produktinformation	386
a) Einordnung der Prospektspflicht nach dem Investmentgesetz	386
b) Prüfung des Prospekts und Übernahme weiterer Pflichten durch Sachverständige	387
c) Haftung.....	389
2. Versicherungsrechtliche Produktinformation	390
a) Europarechtliche Grundlagen.....	390
b) Versicherungsrechtliche Produktinformation in der individuellen Vorsorge	391
aa) Historische Entwicklung.....	391

bb) Grundsätze versicherungsrechtlicher Produktinformation	392
cc) Zeitpunkt.....	394
dd) Principles and Practices of Financial Management (PPFM).....	396
c) Versicherungsrechtliche Produktinformation in der betrieblichen Vorsorge	397
3. Arbeitsrechtliche Produktinformation.....	397
a) Allgemeines.....	397
b) Zuordnung der Informationspflicht bei externem Versorgungsträger	398
III. Vorsorge- und vorsorgendenbezogene Informations- und Aufklärungspflichten	399
1. Kapitalmarktrechtliche Informations- und Aufklärungspflichten	399
a) Pflichten der Wertpapierdienstleister	399
aa) Allgemeines	399
bb) Aufklärung über Innenprovisionen und besondere Kosten.....	400
b) Direktvertrieb und Discount Broker.....	401
2. Versicherungsrechtliche Informations- und Aufklärungspflichten	401
a) Pflichten der Agenten und Versicherungsvermittler	401
aa) Entwicklung der Rechtsprechung	401
bb) Versicherungsvermittler-Richtlinie und Versicherungsvertragsgesetz	402
b) Direktvertrieb	404
3. Arbeitsrechtliche Informations- und Aufklärungspflichten	405
IV. Beratungspflichten in der individuellen und betrieblichen Vorsorge	406
1. Kapitalmarktrechtliche Beratungspflichten	406
2. Versicherungsrechtliche Beratungspflichten	407
3. Arbeitsrechtliche Beratungspflichten.....	408
a) Bestehen arbeitsrechtlicher Beratungspflichten	408
b) Verortung arbeitsrechtlicher Beratungspflichten	409
V. Zusammenschau	409
1. Gemeinsame Rechtsgrundlage der Informations- pflichten privater Vorsorge	409
2. Einheitliche Regeln für die allgemeine Produkt- information.....	410
3. Ersatzpflicht und Beweislast.....	413